

Log 2/2013

Ereignisse, Störungen und Probleme der digitalen Gesellschaft

Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau von Bürgerrechten stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

Februar 2013

- 4. Februar 2013:** Die erst im Mai 2011 in Großbritannien erlassenen Regelungen zur Verwendung von Cookies durch Webseiten werden gelockert. Der britische Datenschutzbeauftragte Christopher Graham will das Setzen von Cookies erlauben, wenn die Nutzer dies implizit akzeptieren. Das Verbot sei vor zwei Jahren angesichts geringer Kenntnisse der Nutzer angemessen gewesen; mittlerweile sei das notwendige Bewusstsein vorhanden. Auf der Web-Seite des Datenschutzbeauftragten selbst taucht nur noch ein Hinweis auf Cookies auf, den man wegklicken oder ignorieren kann (Quelle: Heise).
- 4. Februar 2013:** In einem offenen Brief fordern US-amerikanische Verbraucherorganisationen, darunter die American Civil Liberties Organization (ACLU) und das Electronic Privacy Information Center (EPIC), ihre Regierung auf, die EU-Datenschutz-Grundverordnung nicht durch Lobbyismus zu behindern. Das Vorhaben enthalte wichtige und innovative Ansätze (Quelle: Heise).
- 5. Februar 2013:** Bei Facebook wird eine App entwickelt, die den Standort von Mobilfunk-Nutzern verfolgt. Die App soll den Standort auch dann überwachen, wenn sie selbst geschlossen ist. Die Funktion, die es in vergleichbarer Form auch von Google (latitude) und Apple (Find my Friends) gibt, soll helfen, Freunde in der Nähe zu finden (Quelle: Bloomberg, Heise).
- 9. Februar 2013:** Nach einer Beschwerde von fünf Menschenrechtsorganisationen, darunter Privacy International und Reporter ohne Grenzen, hat der Hersteller von Überwachungssoftware Gamma bessere Kontrollen angekündigt. Geschäftsführer Martin Münch erklärte, ein Verhaltenskodex solle den Export ausschließen, wenn in dem betreffenden Land Menschenrechte verletzt würden. In Grenzfällen sollen Berater aus Menschenrechtsgruppen hinzugezogen werden. Konkretere Angaben gab es aber nicht (Quelle: Süddeutsche Zeitung, Heise).
- 11. Februar 2013:** Änderungsanträge zur EU-Datenschutzreform seien durch Abgeordnete des europäischen Parlaments direkt aus Papieren von Lobbyisten übernommen worden, erklärt der Wiener Student Max Schrems. Um dies weiter zu untersuchen, hat er das Portal Lobbyplag.eu eingerichtet, auf dem solche Änderungsanträge zusammengestellt werden sollen. Bereits zuvor wurde der Lobby-Einfluss US-amerikanischer Unternehmen kritisiert (Quelle: europe-v-facebook, Heise).
- 14. Februar 2013:** Nach einer Strafanzeige wegen übler Nachrede ist ein Online-Redakteur des Portals Klinikbewertungen.de nun mit Beugehaft bedroht. Er hatte zwar den Beitrag gelöscht, nicht jedoch die Anmeldedaten des Urhebers an die Strafverfolgungsbehörden herausgegeben (Quelle: Heise).
- 14. Februar 2013:** Für die Einführung eines automatischen, biometrischen Grenzkontrollsystems an den Flughäfen Frankfurt am Main, München, Düsseldorf, Hamburg und ggf. Berlin leitet das Bundesinnenministerium die Ausschreibung ein. Geplant sind insgesamt ca. 100 schnell passierbare, automatisierte Abfertigungsspuren, um dem wachsenden internationalen Reiseverkehr Rechnung zu tragen. Die Systeme können bei der Einreise in den Schengen-Raum durch Personen über 18 Jahre mit elektronischem Reisepass genutzt werden (Quelle: Heise).
- 18. Februar 2013:** Wegen der Zusammenführung und gemeinsamen Auswertung von Daten aus verschiedenen Diensten wie Youtube und Gmail wollen europäische Datenschutzbehörden Sanktionen gegen Google erlassen. Nach der französischen Commission Nationale de l'Informatique et des Libertés (CNIL) hat Google eine Frist von vier Monaten ohne Antwort verstreichen lassen. Nun will die Artikel-29-Arbeitsgruppe darüber beraten (Quelle: Heise).
- 20. Februar 2013:** „Wer im Internet ist, hat die Privatheit verlassen“, erklärt der Vizepräsident des Bundeskriminalamts (BKA) auf dem Europäischen Polizeikongress in Berlin. Die Vorratsdatenspeicherung der IP-Adressen sei dann auch nicht problematisch. Man müsse sich entscheiden, ob man den Ermittlungserfolg wolle oder nicht. Der Innenminister des rot-grün regierten Nordrhein-Westfalen, Ralf Jäger, bezeichnete die kritische Haltung von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als „nah an einer Strafvereitelung“ (Quelle: netzpolitik.org, Heise).
- 22. Februar 2013:** Einer Studie zufolge, die vom Verband der deutschen Internetwirtschaft (eco) und Google Deutschland in Auftrag gegeben wurde, ist das Leistungsschutzrecht für Presseverleger verfassungswidrig. Es verletze die Grundrechte auf Informationsfreiheit und die Medienfreiheit der Webanbieter. Auch die Urheber seien verfassungsrechtlich benachteiligt. „Die Tätigkeit der zentralen Informationsmittler des Internet“ sei blockiert (Quelle: eco, Heise).
- 22. Februar 2013:** Gegen Anträge der Linken und der Grünen zur Abschaffung der Rasterung von Handy-Daten hat sich der Bundestag ausgesprochen. Bei der Funkzellenabfrage würden nur Verkehrsdaten von Dritten gespeichert; dieses Mittel sei nötig, um herauszufinden, wer im Umkreis eines Tatorts kommuniziert habe. Dazu sei die Vorratsdatenspeicherung eine gute Ergänzung, um Täter zu überführen, erklärte Patrick Sensburg von der CDU/CSU. Eine Massenabfrage ohne Verdachtsmomente sei aber nicht akzeptabel. Halina Wawzyniak von der Linken hatte pauschale Funkzellenabfragen als in keinem Fall angemessen bezeichnet. Jerzy Montag von den Grünen wies auf massenweise Durchleuchtung hin; Anordnungsbegründungen seien „verheerend inhaltslos“ (Quelle: Heise).

27. Februar 2013: Aufgrund von Untersuchungen der US-amerikanischen Organisation China Labor Watch (CLW) verklagen drei französische Nichtregierungsorganisationen den Südkoreanischen Hersteller Samsung wegen Kinderarbeit. Unter anderem seien in eigenen Fabriken und bei Zulieferungen Jugendliche unter 16 Jahren beschäftigt. Die Klage wurde durch die Organisationen Peuples solidaires, Sherpa und Indecosa-CGT eingereicht (Quelle: China Labor Watch, Heise).

28. Februar 2013: EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström stellt einen Verordnungsentwurf für Smart Borders vor, nach dem sich Ausländer bei einer Einreise in die EU künftig mit allen zehn Fingerabdrücken von der Grenzkontrolle registrieren lassen müssen. Zeitpunkt und Ort der Ein- und Ausreise von Drittstaatsangehörigen sollen erfasst werden. Reist der Betreffende am Ende der zulässigen Dauer des Aufenthalts nicht aus, wird ein Warnhinweis an die Sicherheitsbehörden erzeugt (Quelle: Heise).

28. Februar 2013: Gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet der Deutsche Bundestag den heftig umstrittenen Regierungsentwurf für ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger. Bei der Abstimmung gab es 293 Ja- und 243 Nein-Stimmen. Durch das Gesetz soll der Schutz von Presseerzeugnissen im Internet verbessert werden; Verlegern wird das ausschließliche Recht eingeräumt, Presseerzeugnisse zu gewerblichen Zwecken im Internet zugänglich zu machen. Aus Sicht der Gegner sind die tatsächlichen Auswirkungen des Gesetzes noch völlig unklar. Während der Verabschiedung fand eine „Abmahnwache“ am Brandenburger Tor statt (Quelle: Heise).

März 2013

1. März 2013: Der Bundesrat stimmt dem Kompromissvorschlag für ein neues Meldegesetz zu. Es sieht nun vor, dass Meldeämter persönliche Daten nach dem „Opt-in“-Prinzip weitergeben können. Eine entsprechende Erklärung kann gegenüber den Meldeämtern und gegenüber Unternehmen abgegeben werden. Bei der zweiten Variante haben Datenschützer Zweifel an der Überprüfbarkeit. Das Meldegesetz war heftig umstritten, nachdem eine nachträglich von „Opt-in“ nach „Opt-out“ geänderte Fassung 2012 im Schnellverfahren während eines Fußballspiels im Bundestag behandelt worden war (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

4. März 2013: Der Rundfunk-Beitragsservice will Adressdaten der Gebührenzahler mit den Daten der Einwohnermeldeämter abgleichen. Geklärt werden soll, ob für eine Wohnung bereits ein Rundfunkbeitrag bezahlt wird (Quelle: ard.de, Heise).

7. März 2013: Im Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zum Abbau von Geschlechter-Stereotypen in der EU wird unter anderem ein „Verbot aller Arten von Pornographie in den Medien“ gefordert. Bürgerrechtsorganisationen wie European Digital Rights (EDRI) sehen darin einen erneuten Versuch, das Internet zu zensieren und dafür private Organisationen einzusetzen. Der Vorstoß sei fast zu absurd, um ernst genommen zu werden. Das Parlament beschließt den Bericht einige Tage später ohne die kritisierten Forderungen (Quelle: European Digital Rights, Heise).

8. März 2013: In einem Entwurf der nordrhein-westfälischen Landesregierung für ein neues Polizeigesetz soll die auslaufende Befugnis zur Videoüberwachung verlängert und die Telekommunikationsüberwachung neu geregelt werden. Unter anderem soll der Einsatz von IMSI-Catchern zur Standortermittlung von Mobiltelefonen ermöglicht werden (Quelle: Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, Heise).

15. März 2013: Die schweizerische Polizei soll künftig biometrische Passdaten nutzen dürfen. Zur Strafverfolgung soll es ihr gestattet werden, digitale Fotos aus der nationalen Ausweisdatenbank abzurufen. Die Privatsphäre der Bürger dürfe nicht höher gewertet werden als die Arbeit der Ermittler, so Befürworter der Initiative (Quelle: 20min.ch, netzpolitik.org, Heise).

17. März 2013: Ein Bericht von Spiegel Online, die Deutsche Bahn wolle Fahrtinformationen von Vielfahrern an andere Unternehmen verkaufen, entbehre jeder Grundlage, so das Unternehmen. Dem Bericht zufolge plane die Bahn, Reisedaten wie Start- und Zielbahnhof, Wagenklasse und Fahrkartenpreis Partnerunternehmen zur Verfügung zu stellen (Quelle: Spiegel, netzpolitik.org, Heise).

19. März 2013: Kirchen- und papstkritische Kommentare des WDR-Moderators Jürgen Domian wurden von Facebook gelöscht. Es handelt sich dabei um einen Bericht zum Auftritt des Katholiken Martin Lohmann in der Talksendung von Günter Jauch, um Postings zur *Homo-Ehe* und einen Text zum neuen Papst. Facebook nannte die Löschung danach einen Fehler (Quelle: Heise).

21. März 2013: Die Augsburger Allgemeine berichtet, dass die Beschlagnahmung von Nutzerdaten bei der Zeitung Ende Januar nach der Entscheidung des Augsburger Landgerichts rechtswidrig war. Die Redaktion musste die Daten eines Nutzers ihres Forums nach einer Anzeige des Augsburger Ordnungsreferenten Volker Ullrich (CSU) wegen Beleidigung auf Beschluss des Amtsgerichts den Behörden aushändigen (Quelle: Augsburger Allgemeine, Heise).

21. März 2013: Ein Vorfall auf der Python-Konferenz PyCon in Santa Clara, Kalifornien, löst eine Sexismus-Debatte aus. Eine Entwicklerin hatte sich durch Witze zweier Männer belästigt gefühlt und veröffentlichte daraufhin ein Foto der beiden mit einer entsprechenden Bemerkung auf Twitter. Einem der Männer und der Entwicklerin selbst wurde in der Folge von ihren Arbeitgebern gekündigt. Im zweiten Fall wurde das damit begründet, die Bloßstellung sei keine angemessene Art, mit der Situation umzugehen (Quelle: Heise).

22. März 2013: Der Deutsche Bundestag verabschiedet die umstrittene Reform der Bestandsdatenauskunft. Dadurch wird der Zugriff auf Informationen über Anschlussinhaber neu geregelt. Das betrifft erstmals auch IP-Adressen; für den Zugriff auf Passwörter, PINs und PUKs soll eine richterliche Genehmigung erforderlich sein (Quelle: netzpolitik.org, Heise; vgl. auch die Stellungnahme des FfF in dieser Ausgabe, Seite 9).

23. März 2013: In den Niederlanden hat die Polizei nach Angaben des Infrastruktur- und Innenministeriums in 132 Fällen Drohnen zu Klärung von Straftaten und Erstellung von Lagebildern eingesetzt. Details dazu wurden nicht veröffentlicht. Der Abgeordnete Gerard Schouw kritisiert das: Der Einsatz von

Drohnen müsse öffentlich kontrollierbar sein. Der Anwalt der Datenschutzorganisation Privacy First, Vincent Böhre, erklärte, die Kameraüberwachung mit Drohnen sei nach dem niederländischen Recht nicht erlaubt (Quelle: Heise).

23. März 2013: Laut dem Transparenzreport von Microsoft haben deutsche Behörden 2012 mehr als 75.000 Mal Nutzerdaten zu Messenger-Diensten oder Diensten wie Hotmail, Outlook, Skydrive abgefragt. In 80 % der Fälle gab Microsoft Namen, Alter, E-Mail- und IP-Adressen weiter. In weiteren 2,2 % übermittelte das Unternehmen aufgrund von Durchsuchungsbeschlüssen auch E-Mail-Inhalte und gespeicherte Fotos (Quelle: Microsoft, netzpolitik.org, Heise).

April 2013

4. April 2013: Der österreichische EU-Abgeordnete Hans-Peter Martin bilanziert nach 24 Monaten den Druck von Lobbyisten: 1427 Beeinflussungsversuchen war er in dieser Zeit ausgesetzt – im Durchschnitt drei pro Arbeitstag. Dabei ergibt sich ein geldwerter Vorteil von rund 65.000 Euro, d.h. fast 3.000 Euro pro Monat. Parallel zu den Gratis-Angeboten von der Entspannung auf einem Massagestuhl über Gala-Dinner bis hin zu Luxusreisen würden die Abgeordneten mit detaillierten Änderungsanträgen und Aufforderungen zu einem bestimmten Abstimmungsverhalten regelrecht überschwemmt, so der fraktionslose Abgeordnete (Quelle: hpmartin.net, Heise).

4. April 2013: Dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) liegen rund 260 GB Daten mit Informationen zu Konten in 10 Steueroasen von 130.000 Personen aus rund 170 Staaten vor. Die Daten wurden von der Süddeutschen Zeitung und dem NDR in Deutschland verifiziert; es handele sich um das größte Datenleck in der Geschichte. Die Daten böten einen einmaligen Einblick in das Offshore-Business (Quelle: Süddeutsche Zeitung, NDR, netzpolitik.org).

5. April 2013: Die österreichische Verkehrsministerin Doris Bures fordert direkten Zugriff der Polizei auf Kameras zur Videoüberwachung auf Autobahnen. Die Forderung wird von Feuerwehr und Rettung unterstützt; Datenschützer und Innenministerin Johanna Mikl-Leitner lehnen den Vorstoß ab. Der österreichische Autobahnbetreiber ASFINAG betreibt rund 4.900 Kameras – fast zwei pro Autobahnkilometer (Quelle: Heise).

6. April 2013: Der französische Geheimdienst Direction Centrale du Renseignement Intérieur (DCRI) verlangt mit einer Strafanordnung die Löschung eines Wikipedia-Artikels über eine militärische Funkstation. Wikipedia wehrt sich gegen die Forderung. Die Seite wird als Reaktion darauf in zahlreiche Sprachen übersetzt (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

11. April 2013: Für die Unterlassung verfassungsrechtlich gebotener Löschung von Daten können keine technischen Gründe geltend gemacht werden, hat das Oberlandesgericht Köln festgestellt. Das Fehlen von Hard- und Software für grundrechtskonforme Überwachung rechtfertige keinen Grundrechtseingriff. Das Zollkriminalamt hatte bei der Überwachung des Telefon- und Datenverkehrs einer Person auch die besonders geschützte Kommunikation mit dem Rechtsanwalt mitgeschnit-

ten. Dabei machte das Zollkriminalamt geltend, dass man nicht die notwendige Software für die selektive Löschung der Daten besessen habe (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

11. April 2013: Die eigenen Beschlüsse zur Rasterung von Mobilfunkdaten hat das Amtsgericht Dresden für rechtmäßig erklärt. Bei einer Demonstration gegen einen Aufmarsch von Neonazis im Februar 2011 waren über eine Million Daten abgefragt worden (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

16. April 2013: Eine neue Technik, die das Fahrverhalten von Autofahrerinnen und Autofahrern erfasst, will der Mobilfunkbetreiber Telefónica einführen. Auf der Basis von Informationen wie Geschwindigkeitsüberschreitungen, Bremsverhalten oder Nachtfahrten sollen flexible Versicherungstarife angeboten werden. Der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaar wies darauf hin, dass, wer einen solchen Tarif wähle, sich darauf einlassen müsse, „dass eine Vielzahl von Daten erhoben, gespeichert und ausgewertet wird.“ (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

16. April 2013: Das Abfangen von Fahrzeugen mit Hilfe von Drohnen, wie es derzeit im EU-Forschungsprojekt Aeroceptor erprobt wird, widerspricht nach Ansicht der Europa-Abgeordneten Sabine Lösing und Andrej Hunko von der Linken den allgemeinen Bürgerrechten. Sie fordern, die Finanzierung der Forschung zu stoppen (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

19. April 2013: Sprachdaten, die per Siri übermittelt werden, speichert der Computerkonzern Apple nach Angaben einer Unternehmenssprecherin bis zu zwei Jahre. Jedem Nutzer werde eine Zufallszahl zugewiesen, mit der Sprachaufzeichnungen und zusätzliche Informationen, beispielsweise zu Spitznamen in der Familie, verknüpft werden. Die Verknüpfung werde nach sechs Monaten gelöscht; danach würden die anonymisierten Daten weitere 18 Monate zu Analyse- und Optimierungszwecken aufbewahrt (Quelle: Wired, Heise).

22. April 2013: Die Deutsche Telekom wird eine Volumendrosselung für Breitbandanschlüsse im Festnetz einführen. Zunächst gilt das für alle Neuverträge ab dem 2. Mai 2013. Je nach Datenrate setze die Drosselung zwischen 75 GB und 400 GB ein; die Datenrate liege dann einheitlich bei 384 kBit/s. Damit lassen sich bestimmte Dienste dann nicht mehr nutzen. Die Drosselung wird von einer Reihe von Verbänden kritisiert; auch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner warnen vor der Drosselung. Rösler mahnt dabei zur Erhaltung der Netzneutralität, Aigner bezeichnet die Einschränkungen als „nicht verbraucherfreundlich“ (Quelle: Heise).

23. April 2013: Nach einer Entscheidung des Landgerichts Dresden war die Erhebung tausender Mobilfunkdaten bei den Protesten gegen den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar 2011 in Dresden rechtswidrig, die erhobenen Daten müssen gelöscht werden. Die Begründung des Amtsgerichts habe schwerwiegende Mängel aufgewiesen. Die Funkzellenabfrage hatte 2011 für heftige Proteste gesorgt (Quelle: netzpolitik.org, Heise).

24. April 2013: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich fordert das Bundesverfassungsgericht und seinen Präsidenten Andreas Voßkuhle zu politischer Zurückhaltung auf. „Wenn Verfassungsrichter Politik machen wollen, mögen sie bitte für den

Deutschen Bundestag kandidieren“, so der Minister. Voßkuhle hatte zuvor erklärt: „Dass nach einem Ereignis wie in Boston sofort Forderungen formuliert werden, ist Teil des politischen Geschehens. Bei der konkreten Umsetzung sollte dann aber wieder Besonnenheit einkehren.“ Vertreter von FDP, den Grünen und der Linken bezogen Stellung für Voßkuhle; Rainer Brüderle erklärte: „Ich halte es durchaus für legitim, dass Herr Voßkuhle seine Meinung geäußert hat, die sich im Übrigen weitgehend mit meiner deckt.“ (Quelle: Welt am Sonntag, Heise).

24. April 2013: Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Anti-Terror-Datei für grundsätzlich mit dem Grundgesetz vereinbar. Einzelne Regelungen seien aber verfassungswidrig. Beispielsweise sei es nicht zulässig, dass „weitere Polizeibehörden in den Nutzerkreis der Daten einbezogen werden dürfen“. Der 1. Senat rügt auch die mangelnde Transparenz. Das Trennungsgebot stehe dem Datenaustausch zwischen Behörden durch die Datei zwar prinzipiell entgegen, es könne in diesem Fall aber zurücktreten, da sich die Anti-Terror-Datei auf die „Informationsanbahnung“ konzentriere und eine Regelung durch weitere Fachnormen bestehe (Quelle: Bundesverfassungsgericht, netzpolitik.org, Heise).

25. April 2013: Einem Schreiben des israelischen Generalstaatsanwalts Jehuda Weinstein zufolge sind israelische Sicherheitsbeamte befugt, E-Mails von Einreisenden zu kontrollieren. Der Einreisende könne das ablehnen, müsse aber dann damit rechnen,

dass ihm die Einreise verweigert werde, so das Schreiben an ACRI, die Vereinigung für Bürgerrechte in Israel (Quelle: ACRI, Heise).

26. April 2013: Nach dem Transparenzbericht von Google gab es 2012 im zweiten Halbjahr 2.285 Ersuchen, Inhalte zu löschen; insgesamt waren 24.179 Inhalte betroffen. Aus Sicht von Google zeigt sich darin eine zunehmende Tendenz zur politischen Zensur (Quelle: Google, netzpolitik.org, Heise).

29. April 2013: Der Antwort auf eine kleine Anfrage im Bundestag zufolge hat das Bundeskriminalamt (BKA) Behörden in Tunesien und Ägypten noch kurz vor dem Arabischen Frühling in Techniken zur Internetüberwachung ausgebildet. Die Überwachung des Internet hatte eine wesentliche Rolle bei der Niederschlagung der Aufstände gespielt (Quelle: netzpolitik.org).

30. April 2013: Dem ZDF-Magazin Frontal 21 zufolge haben die Lebensmittelketten Rewe und Penny Mitarbeiter wochenlang mit Kameras überwacht, ohne sie davon zu informieren. Mitarbeiter sollen auch privat durch Detektive überwacht worden sein. Die Rewe Group räumt die Überwachung von Mitarbeitern ein; dies seien aber Einzelfälle in den Jahren 2009 und 2010 gewesen, die eine eigenmächtig handelnde Mitarbeiterin veranlasst habe. Der Vorabbericht zeigt dagegen, wie erst wenige Tage zuvor Kameras in einer Rewe-Filiale abgebaut wurden (Quelle: Frontal21, Heise).



In (fast) eigener Sache ...

Unverzichtbar für die friedenspolitische Arbeit „Wissenschaft & Frieden“ – Zum 30. Jahrestag auch digital

In diesen Tagen wurde in Marburg an der Lahn der 30. Jahrestag der Erstherausgabe des „Informationsdienstes Wissenschaft und Frieden“ gefeiert. Mittlerweile hat sich der „Infodienst“ zu einer angesehenen friedenswissenschaftlichen Zeitschrift gemauert. Herausgegeben wird sie von elf friedenspolitischen und friedenswissenschaftlichen Organisationen und zwei Instituten, mit dem satzungsgemäßen Zweck, „die Völkerverständigung zu fördern und durch wissenschaftliche Beiträge die Information und Aufklärung auf den Gebieten der Abrüstung und internationalen Sicherheit zu unterstützen.“ Das FIFf gehört zu den Mitherausgebern und ist auch personell im Vorstand und im wissenschaftlichen Beirat vertreten.

Für die im Trägerkreis zusammengeschlossenen Organisationen stellt W&F, wie sie kurz genannt wird, ein gemeinsames Forum zur Publikation wissenschaftlich aufgearbeiteter Grundlagen ihrer Friedensarbeit dar. Für ihre Leserschaft liefert sie fundiertes Faktenwissen und wissenschaftliche Expertise in friedensrelevanten Themenbereichen. Für die Anerkennung der Zeitschrift spricht auch, dass allein in diesem Jahr Texte aus W&F in elf Schulbüchern für Geschichte, Politik und Ethik nachgedruckt wurden.

Als Mitglied im Trägerkreis möchten wir – in (fast) eigener Sache – auch bei unseren Mitgliedern und LeserInnen für ein W&F-Abonnement werben. Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich, seit Neuestem parallel zur Printausgabe auch digital im PDF-



und ePub-Format. Die Hefte sind jeweils Schwerpunkten gewidmet. In diesem Jahr zu „Geopolitik“ (1/2013) und „Kriegsfolgen“ (2/2013) Dreimal im Jahr liegt W&F ein Dossier zu einem speziellen Thema bei. Aktuell: „Zum Zusammenhang von Dissens, Innerer Sicherheit und Außenpolitik der VR China“. Einen Überblick über die Themen und Inhalte liefert die Internetseite <http://www.wissenschaft-und-frieden.de>. Dort finden sich auch Informationen zu den Abonnementkonditionen, die sich zwischen 20 und 35 € im Jahr bewegen.